

Der Neue Tag  
25. III. 1919

99

## Die Gasnot.

Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten hat gestern, wie berichtet, den Vorschlägen des Stadtrates auf Einführung der mitgeteilten drückenden Gasperrmaßnahmen die Zustimmung verweigert, von der Erwägung ausgehend, daß Verfügungen, die eine derart katastrophale Wirkung haben müssen, einer reiflichen Beratung bedürfen und nur im Momente fürchtbarster Not, wenn kein anderer Ausweg mehr möglich ist, erlassen werden dürfen. Die Vorschläge gehen also an den Stadtrat zurück, werden im Rathause abermals zur Diskussion gestellt werden und hoffentlich wird sich ein Ausweg finden, um diese neuerliche Drosselung zu vermeiden. Der Stadtrat wird sich voraussichtlich in seiner morgigen Sitzung mit dieser Angelegenheit befassen und dann dem Staatsamt abermals einen Vorschlag unterbreiten. Da sich Staatssekretär Zerdik und Oberbergtrat Dr. Ploß heute nach Berlin begeben, um dort Verhandlungen wegen Erhöhung der Kohlenzuschüsse zu führen, wird die entscheidende Sitzung im Staatsamt vermutlich erst Donnerstag oder Freitag stattfinden. Bis dorthin tritt in den Gasverbrauchsbestimmungen keine Aenderung ein.

### Eine Erklärung der Direktion der Gaswerke.

Die Direktion der Gaswerke versendet die bereits im Abendblatte angekündigte Entgegnung auf die in der Kommunistenversammlung vor dem Rathause aufgestellte Behauptung, die in Aussicht genommene Drosselung des Gasverbrauches müsse gar nicht infolge des Kohlenmangels eintreten, sondern weil die Gaswerksarbeiter in Leopoldsdorf Forderungen überreicht hätten und der Stadtrat eine Angst vor einem Streik habe und stellt fest: Die Behauptungen dieses Mannes, der erst seit November vorigen Jahres im Gaswerksbetriebe als Hilfsarbeiter beschäftigt und kein Vertrauensmann der Arbeiterchaft ist, sind, soweit sie die Ursachen der Gasdrosselung betreffen, unwar. Der Kohlenvorrat der Gaswerke ist ein solcher, daß bei dem derzeitigen Verbrauch und Einlaufe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Beleuchtung und die Versorgung der Krankenhäuser, Kriegs-, Gemeinschafts- und Volksküchen usw. nur durch Sperrung aller anderen Gasverbrauchsstellen gesichert werden kann. Von den Forderungen der Gaswerksarbeiter hat der Stadtrat bisher noch gar keine Kenntnis erhalten. Diese Forderungen sind erst am Donnerstag den 20. d. nachmittags in die Hände der Direktion gelangt, die noch mit der Ueberprüfung beschäftigt ist, sie mit den Vertrauensmännern der Arbeiterchaft beraten und dann erst dem Stadtrate und Gemeinderate zur Kenntnis bringen wird. Der Einfall, eine Drosselung der Gasabgabe als Mittel gegen einen etwaigen Streik, der selbstverständlich die Einstellung der gesamten Gasversorgung Wiens zur Folge hätte, zu verwenden, ist so verrückt, daß er wohl von keinem Vernünftigen ernst genommen werden kann.

### Die Schneider gegen die Gasdrosselung.

Im Sitzungssaale der Kleidermachergenossenschaft fand gestern eine zahlreich besuchte

Delegiertenversammlung aller Fachvereinigungen des Kleidermachergewerbes statt, die zur bevorstehenden Drosselung des Gases für gewerbliche Zwecke Stellung nahm und sich sehr bewegt gestaltete.

Genossenschaftsvorsteher Franz Speval besprach die Schwierigkeiten, mit denen das Gewerbe zu kämpfen habe und jetzt sperre man dem Kleidermachergewerbe den Gashahn ab und verbiete die Verwendung von Gasbügellöfen. Dies geschieht noch dazu zu Beginn der Saison für das Gewerbe; bilden doch die Wochen vor Ostern die Hauptsaison für die Schneiderei. Wenn diese Verfügung nicht aufgehoben wird, so sehen sich Tausende von Kleidermacherbetrieben gezwungen, auf die Dauer dieser unerquidlichen Zustände die Werkstätten zu schließen und das Arbeitspersonal der staatlichen Arbeitslosenfürsorge zu überlassen. Wenn schon derartige Verschärfungen notwendig seien, dann soll man sie gegenüber Unternehmungen anwenden, welche weniger wichtiger sind als ein Gewerbe, das für die Bekleidung der Bevölkerung zu sorgen hat und von welchem Hunderttausende von Menschen leben. Nach einer stellenweise sehr bewegten Debatte wurde in einer einstimmig angenommenen Entschliebung die Genossenschaftsvorsteherung aufgefordert, unverzüglich bei allen Behörden Deutschösterreichs und der tschechoslowakischen Republik, welche für die Kohlenversorgung Wiens in Betracht kommen, zu intervenieren, damit dem Kleidermachergewerbe zur Aufrechterhaltung seiner Existenz genügende Kohlenmengen zugewiesen werden.

### 10.000 Kronen Geldstrafe wegen Ueberschreitung der Gasperrmaßnahmen.

Die Polizeidirektion hat den Rudolf Paček, Inhaber der Firma R. J. Paček, Metall- und Werkzeuggroßhandlung, wegen Ueberschreitung der Gasperrmaßnahmen mit einer Geldstrafe von 10.000 Kronen (oder 16 Wochen Arrest) bestraft. Er verbrauchte im Monate Februar für seinen Geschäftsbetrieb 2764 Kubikmeter, obwohl ihm nur 184 Kubikmeter gestattet waren. Paček hat gegen dieses Erkenntnis den Rekurs angemeldet.